

Dresdner Volkszeitung

Postfach 100 Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Hauptamt: Schö. Staatsb. Dresden.
Haupt der Red. Dr. K. H. Müller
Verw. Dr. G. A. Trede
Verleger: K. H. Müller, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Dr. G. H. Müller, Dresden, ist als durch eine Schrift über den Inhalt des Reichsrechts, bei der Begehr der Dresdner Volkzeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Verkaufspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Schriftleitung: Wittenbergstr. 10, Dresden, Nr. 1268. Sonntags: Wittenbergstr. 10, Dresden, Nr. 1268 und 1267. Geschäftszeit: von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

66 Dresden, Donnerstag, den 19. März 1931 42. Jahrgang

Ministerkonferenz

Am Mittwoch tagte die Konferenz der Polizeier der großen Länder; sie beschäftigte sich innerpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der antireligiösen Verhetzung und der politischen Strömungen. Den Vorsitz führte Reichsminister Dr. Dietrich. Amlich wird über das Ergebnis

Die sehr eingehende Aussprache ergab die völlige Übereinstimmung in der Auffassung, daß es notwendig sei, den nachstehenden Verhetzung und Ausschreitung politischer und kultureller Forderungen mit der Verfassung bestehenden Mitteln entgegenzutreten. Die festgestellte einmütige Auffassung der Minister wird die Grundlage einer allseitigen Aussprache des Reichsministers beim Reichspräsidenten bilden.

Die Reichsregierung will schon in aller nächster Zeit Verordnungen mit wesentlichen Verschärfungen des Versammlungs- und Presserechts veröffentlichen. Die Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen. Nach Vertagung des Reichspräsidenten wird die Abwehraktion gegen die Mord- und Verleumdungs- und Linsradikalen in Abstimmung mit den Regierungen der großen Länder die nächste Einsetzung, eventuell sollen die betreffenden Verordnungen des Reichspräsidenten auf Grund des 48. der Reichsverfassung verkündet werden.

Die „Gottlosenrede“ erfahren wir, daß dabei auch die Verheerungen der Sprache kamen, die sich religiöse gegen den wissenschaftlichen Materialismus, Freimaurer und Kinderfreundebewegung zuschulden kommen lassen. Die offizielle Bericht sich dazu nicht. Wir hätten gern gehört, was die Regierungen zu den Verheerungen Andersdenkender zu sagen haben.

gegen Mordhebe verboten!

Die nationalsozialistische Naziblatt verschwindet auf 4 Wochen

Die wir vom Presseamt des Polizeipräsidenten erfahren, ist die hiesige nationalsozialistische Tageszeitung, der Freiheit, wegen ausdrücklicher Billigung der von einem Reichsminister in Hamburg an einem Regierungsrat der Polizeibehörde begangenen Gewalttätigkeit auf Grund der Bestimmung in § 5 Abs. 1 Ziffer 4 des Gesetzes zum Verbot der Republik auf die Dauer von vier Wochen, und am 19. März bis einschließlich 15. April 1931 verboten

Am Mittwoch haben die Dresdner Behörden unsere Frage, wie Deutschland die Mordhebe gehen darf, beantwortet. Am auch über Zeitungsverbote denken mag — in diesem Zusammenhang die Behörden um eine klare Stellungnahme. Das nationalsozialistische Organ für Sachsen in dem betreffenden Artikel nicht mehr und nicht verurteilt als offene antisemitische Mordhebe. Es beantragt das Attentat auf den republikanischen Regierungsrat Kassally zu einer unerhörten Mordhebe und erklärte in diesem Artikel mehrfach, daß man Antisemiten nicht verurteilen dürfe, wenn er einem Vorwurfe mit dem Republik gegenübersteht. Es ist für Deutschland, daß bössische Blätter solche unehrenhaften Anstöße zu Gewalttätigkeiten, welche widerstandlos bis zu solchen Blüten entwickeln durften.

berliner Oberbürgermeisterkandidaten

Berlin, 19. März. (Sig. Funf.) Heute Donnerstag tritt die Berliner Stadtvorordnetenversammlung zur Wahl der Berliner Oberbürgermeisterkandidaten. Die Parteien werden im Bereich der Besprechung ihrer Kandidaten die sozialdemokratischen Parteien haben bisher über die Kandidatenfrage noch nicht entschieden. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß der Oberbürgermeisterkandidat, Max Trauer, ziemlich allgemein als voraussetzender Kandidat der sozialdemokratischen Stadtvorordneten gilt. Die Kandidaten der bürgerlichen Mitte werden der Berliner preussische Finanzminister, Dr. Doepfer-Schöff, Präsident des Reichsstadtrates, Dr. Müller, genannt. Jedoch der eine oder der andere im gegebenen Falle beider Amt der Berliner Oberbürgermeister annehmen, ist noch außerordentlich fraglich. Das Zentrum wird vornehmlich den prominenten Oberbürgermeister von Essen und den Reichssekretär der Reichsanleihe, Dr. W. A. A. als Kandidaten in Betracht bringen. Dracht gilt als bevorzugter Kandidat.

Hakenkreuz und - Geist

Zwecklose Sorgen

Die Hakenkreuzler, die selbst nur über eine sehr bescheidene Presse verfügen, hätten wahrscheinlich nie einen so großen Auftrieb bekommen, wenn sie nicht eine gewisse bürgerliche Presse, die je nach Bedarf in den verschiedensten Farben schillert, eifrig gefördert hätte. Man stelle die Nazis dem Publikum zum mindesten als einen wertvollen Bestandteil der nationalen Front vor, wenn man sie nicht gar als die Erretter Deutschlands feierte. Zu den Blättern, die aus ihrer Vorliebe für die Helben mit dem Hakenkreuz kein Geheimnis gemacht, gehört auch das bekannte Leipziger Scharfmacherblatt, die Leipziger Neuesten Nachrichten, die am liebsten gesehen hätten, wenn sowohl im Reich wie in Sachsen ein Nazibürgerblock entstanden wäre. Aber jetzt fangen doch die Knaben mit dem Braunhemd an, dem Organ der Leipziger Spießbürger unangenehm zu werden.

Nach den üblichen Ausfällen gegen links gibt das Blatt seinem Unwillen darüber Ausdruck, daß man im Nazilager versucht, die Hamburger Bluttaten zu bemänteln und zu entschuldigen. Die Leipziger Neuesten weisen auf das Verhalten der Nazis im Reichstag hin. Sie fragen, wenn die Führer einer Bewegung mit Gesch und geltendem Recht so unständig und leichtsinnig umsprangen, sei es dann nicht natürlich, wenn die Befürhten stellenweise den letzten Rest von Achtung vor dem Gesetz verlieren? Wenn eine Partei ihren Anhängern auf die Dauer nichts zu bieten habe als die Hoffnung auf den Augenblick der Machtübergreifung, so müsse das zu unklaren und verworrenen Vorstellungen führen. Ob denn der Nationalsozialismus meine, alle Kinderkrankheiten der Sozialdemokratie durchmachen zu müssen? Die Nazipartei sei schon jetzt in der Gefahr, geistig zu zerfallen. Ein Kampf der Geister im Hitler-Lager gäbe es nicht. Die Partei sei trotz ihrer Jugend dogmatisch festgelegt wie die katholische Kirche.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten betreiben das Berunglimpfen und Beschimpfen der Sozialdemokratie seit jeher gewerbetätig, aber es mag sein, daß es ihnen mal ausnahmsweise in dem vorliegenden Artikel weniger darauf ankam, die Sozialdemokratie zu beschimpfen, er sollte wohl nicht

eine Warnung für die nationalsozialistischen Freunde sein, aber es ist ein tolles Stück, daß der Mann, der in dem Leipziger Scharfmacherpapier darauf los artet, es fertig bringt, die Sozialdemokratie mit der Abtaugardes Hitlers auf eine Stufe zu stellen, indem er seinen Schülern rät, sich vor den „Kinderkrankheiten“ zu hüten, die angeblich die Sozialdemokratie durchgemacht habe.

Man muß ein politischer Nichtswisser klümmter Art oder durch den Haß gegen die Sozialdemokratie völlig verblendet sein, wenn man den Unterschied zwischen der jungen Sozialdemokratie und dieser Nazibewegung nicht sieht. Die Sozialdemokratie hat stets für die Demokratie gekämpft, das Ziel der Nazis, so weit man überhaupt dort von einem Ziel reden kann, ist eine irgendwie geartete faschistische Despotie, von der niemand weiß, wie sie aussehen soll. Die Sozialdemokratie hatte seit jeher nicht nur recht klare Gegenwartsforderungen, sondern auch das große Ziel, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Bei den Nazis finden wir dort, wo ein Parteiprogramm sein sollte, nur ein wirres Gemisch über Bräsen und Redensarten. Sätze der Mann von den Leipziger Neuesten Nachrichten von der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie auch nur eine gelinde Ahnung, so würde er, daß auch dann, wenn die Partei im schärfsten Kampf mit ihren Gegnern stand, daß selbst zu Zeiten des Sozialistengesetzes, daß die Sozialdemokraten geächtet und geächtet wurden, niemals der Kampf der Geister in der Partei aufhörte, daß immer und immer wieder heiß darum gerungen wurde, auf welchem Wege man am besten und besten das Proletariat zum Siege führen könnte.

Aber die Leipziger Neuesten Nachrichten tun auch den Nazis bitter unrecht. Was soll denn bei Hitlers geistig erstarren? So was kann den Hakenkreuzlern nicht passieren, denn den Artikel Geist, den hat es dort niemals gegeben. Man macht da seine Geschäfte mit anderen Dingen. Der Leipziger Leitartikelmann macht sich wirklich zwecklose Sorgen.

Stimmenthaltung der SPD.

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Panzer B

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwochabend einen Bericht über die Verhandlungen ihrer Unterhändler mit der Reichsregierung entgegen. Nach eingehender Diskussion wurde mit Rücksicht auf die politische Situation beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Panzerschiff B der Stimme zu enthalten.

Die Besprechungen über die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen werden fortgesetzt.

Der Soz. Pressedienst schreibt dazu: Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion befindet aufs neue den Willen, die Machtübergreifung durch den Faschismus zu verhindern, Demokratie und soziale Gesetzgebung zu erhalten. Durch den Auszug der Reichsopposition hofften die Faschisten die Regierung und die Sozialdemokratie in eine Situation zu treiben, die schließlich zu einem Appell an Hindenburg und Hitler als letzte Rettungsmöglichkeit führen sollte. Das Mittel dazu sollte die Abstimmung über das Panzerschiff B sein, das die Sozialdemokratie nach wie vor für militärisch wertlos und finanzpolitisch als überaus unerwünscht ansieht.

Angeht die Tatsache jedoch, daß die Ablehnung des Panzerschiffes B durch die Sozialdemokratie eine Regierungskrise und damit die Vermehrung der Arbeitslosigkeit und des Wirtschaftselends herausbeschworen hätte, mußte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Frage vorlegen, ob nicht die Reichsbildung der bisher eingeschlagenen ausweichenden Taktik wiederum dringender geboten wäre. Das meißtendene Taktik wiederum dringender geboten wäre. Das meißtendene Taktik wiederum dringender geboten wäre.

Die in den letzten Tagen gepflogenen Besprechungen mit der Regierung haben bisher nur ein geringes posi-

tives Ergebnis gehabt. Das wichtigste ist die Verpflichtung der Reichsregierung, daß eine Erhöhung des Vorkaufpreises, die durch das Steigen der Weizen- und Roggenpreise broht, vermieden wird. Es ist auch anzunehmen, daß der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer auf 20 Prozent und die Vermittlung von 3 Millionen Mark für Kinderspeisung die Duldung der Regierung finden werden. Die Erhöhung des Klotzpreises bei der Einkommensteuer der höheren Einkommen wird jedoch nach wie vor von der Regierung bekämpft. Wird sie im Reichstag von der Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen, so kann ihre Verwirklichung schließlich davon ab, welche Haltung die Länder im Reichsrat zu diesem Versuch der Verringerung ihrer Finanzen einnehmen werden.

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem bereits den Beschluß faßt, sich bei der Abstimmung über das Panzerschiff B der Stimme zu enthalten, so geschah das in erster Linie aus den oben erwähnten allgemeinen politischen Erwägungen. Daneben aber spielte eine Rolle, daß die letzte Entscheidung in den strittigen steuerpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen, in denen die Sozialdemokratie mit den Kommunisten im Reichstag eine Sachmehrsheit hat, infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung nicht im Reichstag, sondern im Reichsrat fällt.

Steuersehen wie ein Volksparteiler!

Berlin, 19. März. (Sig. Funf.) Die Führer der Deutschen Volkspartei hatten am Mittwoch mit dem Reichsfinanzminister eine längere Unterredung, in deren Verlauf die Volksparteiler darauf hinwiesen, daß ihre Aktion jede neue Steuerbelastung ablehnen und weitere Verbesserungen fordern. Der Reichsfinanzminister nahm die Forderungen der Volksparteiler ohne Stellungnahme zur Kenntnis. Neuartig und ihm die Wünsche dieser Kapitalisten ja nicht, ihre Steuersehen in bereits sprachlos gemacht!